



Alexander KAZAKOV / POOL / AFP via Getty Images

Putins Wahl: Werde ich ganz Stalin?

- Joel Hilliker
- [22.05.2026](#)

Guten Morgen!

Der russische Präsident Wladimir Putin steht an einem kritischen Scheideweg, argumentiert eine ernüchternde Analyse im *Telegraph* vom 22. Mai. Nach mehr als drei langen Jahren des Krieges in der Ukraine hat sich die Stimmung in Russland von Hochmut zu Burnout gewandelt. Die Kosten des Konflikts sind gestiegen. Wirtschaftlicher Druck, Verluste auf dem Schlachtfeld und Drohnenangriffe auf Moskau haben einen weit entfernten Krieg zu einem Heimspiel gemacht.

Analysten sagen, dass Putin sich wahrscheinlich innerhalb des nächsten Jahres entscheiden muss:

- **Entweder beenden Sie den Krieg** – oder Sie halten ihn aufrecht, indem Sie die Massenmobilisierung erhöhen, die Repression verstärken und totalitäre Kontrollen nach sowjetischem Vorbild einführen. Mit anderen Worten: Umarmen Sie den Stalinismus.

Hochrangige Beamte warnen, dass Russland die Arbeitskräfte ausgehen und seine Wirtschaft ins Wanken gerät. Einige sagen, dass die Militärausgaben und die Wirtschaftssanktionen untragbar sind, und sie fordern ein Ende des Krieges.

In der Zwischenzeit sieht sich Putin auf dem Schlachtfeld mit einem Mangel an Arbeitskräften konfrontiert, da die Verluste (schätzungsweise 35 000 pro Monat) höher sind als die Rekruten (weniger als 30 000). Der *Telegraph* sagte:

Zum ersten Mal in seiner Geschichte versucht Russland, einen großen Krieg ohne umfassende Mobilisierung zu führen – etwas, das nicht einmal Großbritannien in beiden Weltkriegen versucht hat. ... Wenn Putin den Krieg fortsetzen will, könnte eine Masseneinberufung irgendwann unvermeidlich werden.

Als Putin versucht hat, mehr Soldaten zu mobilisieren, sind viele aus dem Land geflohen. Um dies zu verhindern, müssten die Überreste der postsowjetischen Freiheiten zurückgedrängt werden, einschließlich des Rechts auf freie Arbeitsplatzwahl und Reisefreiheit. Hardliner sagen: *Nur zu*.

- **Die Prophezeiung deutet darauf hin, dass** Putin sich für diese Lösung entscheiden wird.

Vor einem Jahrzehnt bezeichnete der Herausgeber der *Posaune*, Gerald Flurry, Wladimir Putin als den Fürsten von Rosch, der in Hesekeel 38 prophezeit wird, ein mächtiger Führer in der Endzeit, der einen mächtigen asiatischen Machtblock anführen wird.

- Schon damals verglich Herr Flurry Putin mit dem berüchtigten sowjetischen Diktator und schrieb: *Seit Josef Stalin hat kein Führer in Russland Putins teuflische Bosheit erreicht.*

Herr Flurry weist seit langem auf Putins rücksichtslose Aggression, seine autoritäre Machtausübung und seine Bereitschaft hin, Menschenleben für imperiale Ambitionen zu opfern. Jetzt scheint es, als ob der nicht enden wollende Ukraine-Krieg ihn dazu drängt, seine stalinistischen Tendenzen zu verstärken und seine Erfüllung der prophezeiten Rolle zu beschleunigen.

Der deutsche Außenminister Johann Wadepuhl erklärte vor einem Treffen mit anderen NATO-Außenministern in Schweden, Deutschland solle in der NATO die Führung übernehmen: „Deutschland stellt sich seiner Führungsverantwortung.“ Sein Ziel sei eine „neue Lastenteilung, die das wirtschaftliche und militärische Potenzial Deutschlands und Europas widerspiegelt“. Um Deutschland eine „größere Rolle“ zu geben, forderte er eine „intensivere Verteidigungszusammenarbeit“. Die NATO wurde unter anderem gegründet, um „die Deutschen in Schach zu halten“, wie es ein früherer britischer Beamter ausdrückte. Doch jetzt soll eine neue deutsche Kriegsmaschine in ihr entstehen.

Juden in Deutschland erleben die schlimmsten Bedrohungen seit dem Holocaust: Wie der Bundesverband der Antisemitismusforschung und -information am Mittwoch mitteilte, wurden in der Hauptstadt Berlin im vergangenen Jahr 2197 antisemitische Vorfälle registriert. Das ist zwar ein Rückgang von 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr, aber doppelt so viel wie vor dem Terroranschlag vom 7. Oktober 2023. In Hessen wurden im vergangenen Jahr 1099 Vorfälle registriert, ein Anstieg von 18 Prozent gegenüber 2024 und fast das Sechsfache des Niveaus vor dem 7. Oktober. Dem Bericht zufolge weisen diese Vorfälle „auf ein gesellschaftliches Klima hin, in dem antisemitische Äußerungen und Handlungen möglich sind – und zu oft unwidersprochen bleiben.“ Der hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker erklärte, dass „die Bedrohung jüdischen Lebens schlimmer ist als je zuvor seit dem Holocaust.“ Die biblische Prophezeiung warnt davor, dass Deutschland seine Beziehung zum jüdischen Volk vertiefen wird, um es anschließend zu verraten und einen neuen [Holocaust](#) zu verursachen.

Italien kauft europäisch: Wie die Europäische Union am Dienstag mitteilte, wird Italien sechs Tankflugzeuge des Typs A330 im Wert von 1,6 Milliarden Dollar von Airbus kaufen. Damit kehrt das Land von den Tankflugzeugen des amerikanischen Herstellers Boeing ab, die in den vergangenen 15 Jahren gekauft wurden. Die Bibel warnt, dass Europas wachsende militärische Unabhängigkeit ein unheilvolles Zeichen für die Welt ist.

Der wichtigste Oppositionsführer der Türkei wurde gestern aus dem Amt gedrängt. Ein türkisches Gericht erklärte den Parteitag von 2023, auf dem Özgür Özel gewählt wurde, für unrechtmäßig, was dazu führte, dass Kemal Kilicdaroglu, der 2023 gegen den türkischen Präsidenten Tayyip Erdoğan verlor, neuer Parteivorsitzender wurde. Dies festigt Erdoğans Ein-Mann-Herrschaft über die Türkei weiter, ein Trend, der für die biblische Endzeitprophezie von Bedeutung ist.

Syrien nimmt an G-7 teil: Der syrische Präsident Ahmed al-Sharaa wird als geladener Gast zum G-7-Gipfel vom 15. bis 17. Juni nach Frankreich reisen, berichtete Reuters gestern. Ein syrischer Beamter sagte, dass Sharaa wahrscheinlich über das Potenzial Syriens als „strategisches Drehkreuz für Lieferketten“ nach der Schließung der Straße von Hormuz durch den Iran sprechen wird. Eine Prophezeiung in Psalm 83 besagt, [Syrien wird sich mit Europa verbünden](#), damit „der Name Israels nicht mehr im Gedächtnis bleibt“. Der G-7-Gipfel ist ein Zeichen für eine Stärkung der Beziehungen, die diese Prophezeiung erfüllen wird.

Amerika schickt 5000 Soldaten nach Polen: „Aufgrund der erfolgreichen Wahl des neuen polnischen Präsidenten Karol Nawrocki, den ich mit Stolz unterstützt habe, und unserer Beziehungen zu ihm freue ich mich, ankündigen zu können, dass die Vereinigten Staaten zusätzliche 5000 Soldaten nach Polen schicken werden“, verkündete US-Präsident Donald Trump gestern in den sozialen Medien. Unter Trump machen die USA die Entsendung von Truppen von der politischen Ausrichtung abhängig. Zuvor hatten die USA Truppen in Europa stationiert, um feindliche Kräfte in Schach zu halten.

Die USA haben gestern ein neues Konsulat in Grönland eröffnet. Es ersetzt ein kleines Holzhaus in der Nähe des Fischereihafens der Hauptstadt Nuuk durch ein dreistöckiges, 3200 Quadratmeter großes Gebäude mit kugelsicherem Glas, Sicherheitsgittern und Platz für gepanzerte Fahrzeuge. Die Aufwertung kommt zu einem Zeitpunkt, an dem Präsident Donald Trump weiterhin darauf besteht, dass die USA Grönland kaufen, annektieren oder anderweitig ihre Kontrolle über Grönland ausbauen. Dänemark, das die Insel regiert, und die meisten Grönländer lehnen diese Idee ab. Während der Eröffnungszeremonie der neuen Anlage fanden draußen Proteste statt. Die biblische Prophezeiung deutet darauf hin, dass sich der Kampf um Grönland und andere transatlantische Fragen rasch verschärfen wird, wenn sich ein wiederbelebtes Heiliges Römisches Reich gegen die Vereinigten Staaten erhebt.

Oberster Gerichtshof unterstützt US-Unternehmen im Fall von kubanischem Eigentum: Gestern entschied der Oberste Gerichtshof der USA mit 8 zu 1 zugunsten eines US-Unternehmens, dessen Docks in Havanna vor mehr als 65 Jahren von der Regierung Fidel Castros beschlagnahmt worden waren. In dem Fall verklagt Havana Docks vier große Kreuzfahrtgesellschaften – Carnival, Norwegian, Royal Caribbean und MSC – wegen der Nutzung des beschlagnahmten Eigentums während der unter Obama eingeleiteten Öffnung nach Kuba. Richter Clarence Thomas schrieb die Mehrheitsmeinung. Er sagte, die Kreuzfahrtgesellschaften hätten Eigentum benutzt, das nach dem Helms-Burton-Gesetz immer noch rechtmäßig dem amerikanischen Unternehmen gehört. Das Urteil schickt den Fall zurück an eine untere Instanz und stärkt die Ansprüche von Amerikanern gegen Unternehmen, die von dem während der Revolution in Kuba 1959 gestohlenen Eigentum profitieren. Außerdem gibt es Präsident Trump mehr rechtliche und wirtschaftliche Instrumente für seinen Vorstoß zum Regimewechsel in Kuba.